

Gesamtschulen am Ende?

Autor(en): **Elchlepp, Dietrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339156>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesamtschulen am Ende?

Kürzlich hat Walter Linsi in unserer Zeitschrift auf überzeugende und leichtverständliche Weise das Problem der Gesamtschule dargestellt («Profil» 2/1976). Welches sind nun die Erfahrungen, die in unserem Nachbarland, der Bundesrepublik Deutschland, mit der Gesamtschule gemacht wurden? Darüber orientiert ein unlängst in der sozialdemokratischen Monatsschrift «Die neue Gesellschaft» erschienener Beitrag, den wir im folgenden veröffentlichen. R. L.

Der Anstoss zu Gesamtschulgründungen in der Bundesrepublik kam vom Deutschen Bildungsrat Ende der 60er Jahre. Mit seinen Empfehlungen zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen und seiner Empfehlung zu einem Experimentalprogramm mit 40 Gesamtschulmodellen wurde bei uns nach langer Pause wieder an die Forderung aus den Anfängen der Weimarer Republik nach einer gemeinsamen Grundausbildung mit einem gemeinsam qualifizierenden Abschluss für alle Gruppen in der Bevölkerung angeknüpft. Ziel dieser Forderung war und ist es, die unbestreitbar nachteiligen Folgen einer zu frühen Differenzierung im dreigliedrigen Schulwesen abzubauen, nämlich: hohe Schulversagerquoten, Chancenungleichheit für Kinder aus sogenannten bildungsschwachen Familien wegen geringerer Mobilitätschancen nach dem 4. Schuljahr und geringe Berücksichtigung von Begabungsschwerpunkten von Kindern durch eine zu frühe und globale Zuweisung zu einzelnen Schulformen wie Haupt- und Realschule und Gymnasium.

Bund und Länder haben sich 1972 in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung auf diese Ziele geeinigt – aber die Einigkeit der Ziele war von Anfang an von einer Uneinigkeit über den besten Weg begleitet. Während der Bund und die sozialdemokratisch regierten Länder sich für die integrierte Form, die eigentliche Gesamtschule, aussprachen, wollten die CDU-regierten Länder erst dann eine Entscheidung über das Ob und die Ausgestaltung der Gesamtschule treffen, wenn Ergebnisse wissenschaftlicher Begleituntersuchungen vorlägen.

Ein Stück Schulwirklichkeit

Inzwischen sind in allen Bundesländern Gesamtschulen als Modelle oder gar als Regelschulen eingerichtet und erprobt worden. Während die von der CDU/CSU regierten Länder von Anfang an schwergewichtig kooperative oder nur additive Gesamtschulen bauten, und inzwischen unverhohlen die integrierte Gesamtschule als verbindliche Schulart ablehnen (obwohl ihres Erachtens die Experimentalprogramme noch nicht abgeschlossen sind!), förderten die sozial- und freidemokratisch regierten Länder – wenn auch inzwischen verhaltener – integrierte Gesamtschulen

in weit grösserem Umfange, als vom Bildungsrat ursprünglich vorgesehen: 139 integrierte Gesamtschulen mit über 14 000 Schülern sind inzwischen Schulwirklichkeit geworden.

Zu Reizwort geworden

Damit hat die integrierte Gesamtschule aber in der öffentlichen Meinung ihre Feuerprobe noch nicht bestanden. Denn selten ist ein neues pädagogisches Konzept so früh und kompromisslos in die Mühle parteipolitischer und ideologischer Auseinandersetzungen geraten wie die integrierten Gesamtschulen. Was sie wirklich wollen, wie sie arbeiten, welche Erfolge sie erzielen konnten, ist den meisten Nichtexperten bis heute verborgen geblieben. Behauptungen über sie gleichen oft einem Zerrbild, ihre Erwähnung ist für viele, die den Vorurteilen über sie bereits erlegen sind, zu einem Reizwort geworden.

Was hat es nun mit den Vorwürfen oder Vorurteilen gegen die Gesamtschule auf sich? Lassen sich heute, fünf Jahre nach den Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates, die behaupteten Vorzüge oder Nachteile beweisen? Ist der Weg zu einer Versachlichung der Diskussion frei geworden?

Aus vielen Gesamtschulen liegen inzwischen Ergebnisse wissenschaftlicher Begleituntersuchungen vor. Sie decken sich weder mit den Kassandrarufern der Gesamtschulgegner, noch erfüllen sie immer die modellartigen Erwartungen jener, die unter Vernachlässigung gesellschaftlicher Wirklichkeit Schulreform im Zeitraffer zu verwirklichen hoffen.

Leistungsabbau, Entwurzelung der Kinder, Mammutschulen und Kosteninflation glaubten die einen gegen die Gesamtschulen ins Feld führen zu müssen. In der Differenzierung des Unterrichts an Gesamtschulen sahen andere eine Reproduktion des dreigliedrigen Schulwesens. Meldungen über Disziplinlosigkeit der Schüler, heute ein allgemeines Problem an den Schulen, oder Resignation von Lehrern an Gesamtschulen taten ein übriges, um in der Bevölkerung zu einem vorschnellen Urteil über Gesamtschulen zu führen.

Mobilität erreicht

Die nunmehr vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass es in integrierten Gesamtschulen vom 7. bis 10. Schuljahr ein Ausmass an Mobilität und Durchlässigkeit gibt, das vom traditionellen Schulsystem nicht erreicht wird. In einer Studie für den Deutschen Bildungsrat über den Stand der Gesamtschulentwicklung stellt Helmut Fend fest:

«Zwischen dem 7. und 9. Schuljahr finden wir relativ hohe Mobilitätsraten, die zwar nach Schulfächern und nach Differenzierungssystemen unterschiedlich sind, jedoch mehr als die Hälfte aller Schüler betreffen. Im traditionellen Schulsystem beträgt die Mobilität im gleichen Zeitraum nur 10 v. H., Abgänge und Übergänge insgesamt.»

Entscheidend ist aber: während im traditionellen Schulsystem die Abwärtsmobilität, das heisst der schulische Abstieg, immer höher ist als die Aufwärtsmobilität, finden wir in der integrierten Gesamtschule den umgekehrten Trend: auf eine Abstufung – so die Untersuchung von Helmut Fend – kommen in der Regel zwei Aufstufungen. Fend schliesst hieraus, dass im integrierten Schulsystem die Chancen der begabungs- und neigungsspezifischen Gruppierung der Schüler grösser sind und tatsächlich auch genutzt werden.

Damit ist natürlich noch nicht garantiert, dass sich in den unterschiedlichen Kursniveaus einer Gesamtschule auch Schüler unterschiedlicher sozialer Herkunft befinden, und der Vorwurf vieler Kritiker ist auch nicht ausgeräumt, dass durch das Kurssystem das dreigliedrige Schulsystem in der Gesamtschule reproduziert wird und von Chancengleichheit nur bedingt die Rede sein könne.

Nur langsamer Ausgleich

Dieser Vorwurf ist in der Tat einer der noch nicht abschliessend geklärten Schwachpunkte der derzeitigen Gesamtschulentwicklung. Insgesamt aber lässt sich sagen: Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kursniveau beziehungsweise erwartetem und erreichtem Schulabschluss, wird in Gesamtschulen deutlich reduziert, ohne dass er ganz aufgehoben wird. Letzteres kann aber nicht verwundern. Die Gesamtschule lebt und erhält ihre Schüler nicht aus einem gesellschaftsfreien Raum. Kinder, die zur Gesamtschule kommen, kommen mit unterschiedlichem Sprachgebrauch und aus sozial unterschiedlichen Familien. Hier kann auch die Gesamtschule nur langsam einen Ausgleich schaffen.

Die Gesamtschule kann und hat aber bereits korrigierend auf die soziale Prädestination von Schülern und Schullaufbahnen eingewirkt. Mit fortschreitendem Gesamtschulbesuch nimmt die Verzerrung der Kurszugehörigkeit nach Schicht nachweislich deutlich ab. So befinden sich in ihnen dort, wo das Kurssystem praktiziert wird, nur etwa 24 Prozent der Schüler im untersten Kursniveau, während der Anteil der Hauptschüler im traditionellen System über 50 Prozent beträgt. Vergleiche zeigen, dass in Gesamtschulen mehr Schüler aus der Mittel- und Unterschicht in mittleren und höheren Kursen vertreten sind als im traditionellen System, das heisst in Realschulen und in Gymnasien. Gesamtschulgegner behaupten nun, dies führte zu einer Nivellierung der Leistungen mit der Folge, dass gerade gute Schüler ihre Höchstleistungen nicht unter Beweis stellen könnten.

Die bisher vorliegenden Untersuchungen und Beobachtungen aus einzelnen Gesamtschulen bestätigen diese Befürchtung in keiner Weise. Es wird vielmehr festgestellt, dass Gesamtschulen im Vergleich zu anderen Schulen ein zum Teil wesentlich höheres Leistungsniveau aufweisen, was auch darauf zurückzuführen sein dürfte, dass mehr Kinder eines Alters-

jahrganges hier überhaupt die Chance erhalten, zum Beispiel eine zweite Fremdsprache, Physik oder Mathematik zu lernen.

Freilich, dort, wo – wie zum Beispiel in Baden-Württemberg – integrierte Gesamtschulen kaum noch geduldet, geschweige denn geliebt werden, traut man diesen Leistungserfolgen nicht. Doch Untersuchungen beweisen es: So wird etwa in einer vergleichenden Untersuchung von Sozialschicht- und Lerngruppenzugehörigkeit von Flössner am Beispiel von Schülerlaufbahnen an der Walter-Gropius-Gesamtschule in Berlin von einem höheren Mass an qualifizierten Abschlüssen berichtet, wobei eine Sozialschichtdetermination nicht festzustellen war.

Nach Berlin nun Wetzlar

Und nach Berlin wird jetzt auch zum erstenmal in Hessen mit Ende dieses Schuljahres im Kreis Wetzlar ein kompletter Schülerjahrgang eines Landkreises die integrierte Gesamtschule durchlaufen haben. Der Versuch kann mit einem beachtlichen Erfolg aufwarten: nach dem 10. Schuljahr sollen sich dort bereits 27 Prozent des gesamten Altersjahrganges für das Abitur qualifiziert haben. Hier im Kreis Wetzlar ist auch eine soziale Umschichtung erfolgt. Weit mehr Kinder aus Arbeiterfamilien und vor allem Kinder aus abgelegenen Kreisgebieten, die früher in Gymnasien kaum vertreten waren, sind jetzt in die Klasse 11 versetzt worden.

Und schliesslich noch einiges zu dem finanzpolitischen Einwand gegen die Errichtung von Gesamtschulen: Sie kosteten in der Regel, als Schulzentrum geplant, viel Geld – weit mehr Geld jedenfalls, als dies für die Errichtung einer Schule der herkömmlichen Gattungen erforderlich wäre.

Dem ist entgegenzuhalten, dass Schulzentren zwar immer teurer sind als eine einzelne Hauptschule oder ein einzelnes Gymnasium, andererseits aber Gesamtschulen in Schulzentren die Möglichkeit bieten, Turnhallen, Physikräume, Sprachlabors usw. gemeinsam, also kostensparend, zu nutzen, Einrichtungen, die sonst für jede Schulart mehr oder weniger separat angeschafft und betreut werden müssten. Ausserdem – und dies erscheint zukunftsweisend zu sein – können Gesamtschuleinrichtungen vor allem in ländlichen Gegenden gleichzeitig als Bildungszentren und Bibliotheken für die erwachsene Bevölkerung und als Stätten der beruflichen Umschulung sinnvoll verwendet werden.

Insgesamt ökonomischer

Noch eine andere Überlegung spricht in diesem Zusammenhang für die Gesamtschule. Die Selektionsmechanismen im dreigliedrigen Schulsystem haben die Ausfall- und Repetentenzahlen, insbesondere an den Gymnasien, in den letzten Jahren immer höher steigen lassen – insgesamt eine nicht zu verantwortende Verschwendung öffentlicher Mittel! So bleiben heute fast 50 Prozent der Zugänger zu Gymnasien bis zur mittleren Reife einmal sitzen. Und 45 Prozent der Sextaner legen nie das Abitur

ab, wo doch der ganze Lehrstoff eines Gymnasiums auf das Abitur zugeschnitten ist, das heisst, vor diesem Abschluss auf keiner Stufe einen verwertbaren Abschluss vermittelt. Es wäre sicherlich einmal wert, genau nachzurechnen, was ein Abgänger von einem Gymnasium dem Steuerzahler an Raum, Personal und Unterhaltung kostet.

Die Gesamtschule, die fast allen Schülern einen Abschluss – einen ihrer Neigungen und Fähigkeiten gemässen Abschluss – vermittelt, ist hier ohne Frage die ökonomischere Lösung. Denn Sitzenbleiben und Wiederholen eines einmal schon bewältigten Stoffes gibt es in den Gesamtschulen nicht. Und auch die hohe Quote von Hauptschulabgängern ohne Schulabschluss, die zurzeit in der Bundesrepublik im Durchschnitt 20–25 Prozent aller Hauptschulabgänger umfasst, wäre bei einer allgemeinen Einführung von Gesamtschulen kaum denkbar.

So haben zum Beispiel in acht Gesamtschulen Nordrhein-Westfalens nach offiziellen Zahlen aus dem Kultusministerium nur 6,8 Prozent der Absolventen der Klasse 9 den Hauptschulabschluss nicht erreicht. Der im allgemeinen Schulwesen lange Zeit stabile Anteil von Schülern, die diesen Abschluss verfehlen, wurde damit auf die Hälfte reduziert.

Diese Tatsachen bestätigen sozialdemokratische Bildungsforderungen. Ob sich Sozialdemokraten dessen auch bewusst sind?